

## 17. Wahlperiode

### Kleine Anfrage

#### des Abgeordneten Ole Kreins (SPD)

vom 15. Januar 2013 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 24. Januar 2013) und **Antwort**

#### **Finanzierung des Projektes "Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in den kommunalen Gremien Berlin – Dokumentation und Analyse"**

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Kleine Anfrage wie folgt:

1. Welche Aufgabenschwerpunkte und Zielsetzung hat das Projekt "Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in den kommunalen Gremien Berlin – Dokumentation und Analyse" des Vereins für Demokratische Kultur e.V. (vdk)? Wie hoch ist die Anzahl der Publikationen seit Projektbeginn, wie hoch ist die Anzahl der Veranstaltungen seit Projektbeginn?

Zu 1.:

- a) Aufgaben und Zielsetzungen des Projekts „Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in den kommunalen Gremien Berlins – Dokumentation und Analyse“: Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Projekts dokumentieren die Aktivitäten rechtsextremer Mandatsträger in Bezirksverordnetenversammlungen, analysieren ihre Vorgehensweisen und beobachten die Auswirkungen rechtsextremer Präsenz in den kommunalen Gremien auf das Gemeinwesen. Im Rahmen des Projekts werden Informationsgrundlagen über den Umgang mit Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Berlin erstellt und in Form von Handreichungen etc. veröffentlicht sowie in Fortbildungsveranstaltungen und Fachgesprächen für Bezirksverordnete und die interessierte Öffentlichkeit erläutert. Das Projekt unterstützt kommunale Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und entwickelt auf der Basis des Erfahrungswissens von Verordneten prozessbezogen und praxisorientiert Handlungsstrategien.
- b) Anzahl der Publikation während der Projektlaufzeit von April 2008 bis Dezember 2012: Vier eigenständige Publikationen und zahlreiche Gastbeiträge in Veröffentlichungen anderer Projekte sowie diverse Beiträge auf der Internetseite des Projektes [www.bvv.vdk-berlin.de](http://www.bvv.vdk-berlin.de).

- c) Anzahl der Veranstaltungen während der Projektlaufzeit von April 2008 bis Dezember 2012: 64. Dabei handelte es sich sowohl um Veranstaltungen, die ausschließlich oder in erster Linie Berliner Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker erreichten, als auch um Veranstaltungen, die sich außerdem an andere Interessierte aus demokratischen Parteien, Zivilgesellschaft, Medienlandschaft, Wissenschaft und Fachprojekten richteten. Einige Veranstaltungen trugen überregionalen Charakter und erreichten eine über Berlin hinausgehende Ausstrahlung.

2. Welche Bedeutung haben die Projekte des Vereins für Demokratische Kultur e.V. (vdk) in der Gesamtstrategie des Landes Berlin gegen Rechtsextremismus?

Zu 2.: Der Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V. ist Trägerverein des Projekts „Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (MBR)“. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieses Projekts begleiten und beraten Personen und Organisationen, die sich in Berlin gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus engagieren oder dies in Zukunft tun möchten. Sie unterstützen und vernetzen Berlinerinnen und Berliner, die in ihrem Wohn-, Arbeits- oder sozialen Umfeld mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus konfrontiert sind und sich für die Stärkung demokratischer Kultur einsetzen wollen. Die MBR berät Einzelpersonen, Jugendeinrichtungen, Schulen, zivilgesellschaftliche Initiativen und Netzwerke, Politik und Verwaltung, (Sport-)Vereine, Gewerbetreibende und Verbände. Unter Berücksichtigung der jeweiligen lokalen Gegebenheiten und Ressourcen entwickelt die MBR gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern situationsbezogene Handlungsstrategien, bietet Fortbildungen und Informationsmaterial an und begleitet die Umsetzung von lokalen Aktionsplänen und Kommunalanalysen. Das Projekt „MBR“ ist deutschlandweit für seine Fachexpertise bekannt. Die Publikationen und Materialien des Projekts werden in zahlreichen

Bundesländern nachgefragt und meist in Kooperationsverbänden vertrieben.

Die Arbeit des Projekts „Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (MBR)“ ist profilbildend und von zentraler Bedeutung für das Berliner Landesprogramm und die „Berliner Landeskonzption gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus – Demokratie. Vielfalt. Respekt.“ (Drs. 16/1509 vom 5. 6. 2008). In der Berliner Landeskonzption wird das Projekt

entsprechend als Leitprojekt genannt. Die Evaluation des Instituts DESI im Jahr 2009 hat das Projekt sehr positiv bewertet.

Fördersummen (Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus)

	2009	2010	2011	2012
VdK e. V.: „MBR“	398.660,34 €	416.227,37 €	439.978,28 €	456.943,06 €
VdK e. V.: „Auseinandersetzung mit Rechtsex. in kommunalen Gremien“	68.211,60 €	70.683,45 €	72.689,18 €	74.134,22 €

3. Seit wann finanziert die Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen das Projekt des Vereins für Demokratische Kultur in Berlin e.V. "Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in den kommunalen Gremien Berlin – Dokumentation und Analyse"?

Zu 3.: Das Projekt "Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in den kommunalen Gremien Berlins – Dokumentation und Analyse" wurde seit April 2008 finanziell unterstützt.

4. Welche inhaltlichen Projektbestandteile sollen aus dem Projekt "Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in den kommunalen Gremien Berlin – Dokumentation und Analyse" in die allgemeine Arbeit oder andere Projekte der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus ausgegliedert werden?

Zu 4.: Im Rahmen des Projekts „Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (MBR)“ werden wesentliche Bestandteile des Projekts „Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in den kommunalen Gremien Berlins – Dokumentation und Analyse“ weitergeführt. So werden die Kontakte zu Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern 2013 fortgesetzt und vertieft. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der „MBR“ werden ansprechbar sein und weiterhin auf Entwicklungen im Handlungsfeld etwa mit Informationsrundschriften, Beiträgen auf [www.bvv.vdk-berlin.de](http://www.bvv.vdk-berlin.de), Veranstaltungs- und Fortbildungsangeboten sowie punktuellen, kurzfristigen Beratungsleistungen reagieren können. Um die für die kommunale Beratung notwendige aktuelle Datenbasis sicherzustellen, werden die Dokumentation kommunaler Politik und die systematisierende Beschreibung von Handlungsweisen der Verordneten fortgeführt.

5. Wie hoch ist der finanzielle Aufwuchs bei der allgemeinen Arbeit oder anderer Projekte der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus im Zusammenhang mit Mittelkürzung beim Projekt "Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in den kommunalen Gremien Berlin – Dokumentation und Analyse"?

Zu 5.: Der Antrag des „Verein für demokratische Kultur e. V.“ befindet sich noch im Prüfungsverfahren. Deshalb können konkrete Fördersummen für 2013 derzeit noch nicht genannt werden.

6. Welche Begründung hat die Mittelkürzung des Projektes "Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in den kommunalen Gremien Berlin – Dokumentation und Analyse" bei gleichbleibend hohem Gefährdungspotenzial durch die NPD in den Bezirksverordnetenversammlungen (BVVen) und mindestens gleich hohen qualitativen Anforderungen an die wissenschaftlichen Begleitung?

Zu 6.: Folgende Gründe haben angesichts des hohen Förderbedarfs in verschiedenen Handlungsfeldern des Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus zur Beendigung der Förderung des o. g. Projekts in der bisherigen Form beigetragen:

- Im Rahmen der Projektlaufzeit von 2008 bis 2012 hat es seine Ziele weitgehend erreicht und hat den intendierten Erkenntnisgewinn und den Erfahrungstransfer in Richtung der Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker in erheblichem Umfang erbracht.
- Rechtsextreme Parteien haben bei den letzten Berliner Wahlen knapp die Hälfte ihrer kommunalpolitischen Mandate verloren. Aus diesem Grund ist eine gewisse Verringerung der Intensität der Beratungsleistung des genannten Projekts vertretbar.

Durch die Einbeziehung wesentlicher Projektbestandteile in den Kernbereich der Arbeit des Projekts „Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (MBR)“ und durch die so ermöglichte Nutzung fachlicher Synergieeffekte ist eine nachfragegerechte Weiterführung der Beratung gewährleistet

7. Gab es Anregungen aus den Bezirksverordnetenversammlungen, Fraktionen oder von Einzelverordneten die Mittel für das o.g. Projekt zu kürzen oder wurde ein Erhalt und die Weiterfinanzierung des Projektes "Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in den kommunalen Gremien Berlin – Dokumentation und Analyse" gefordert?

Zu 7.: Es gab keine Anregungen aus Bezirksverordnetenversammlungen, Fraktionen oder von Einzelverordneten, die Mittel für das o. g. Projekt zu kürzen. Es liegen mehrere Schreiben vor, die eine Weiterförderung der Projektarbeit empfehlen. Diese wurden seitens des Senats im Sinne der hier ausgeführten fachlichen Begründungszusammenhänge beantwortet.

Berlin, den 26. Februar 2013

In Vertretung

Barbara Loth  
Senatsverwaltung für Arbeit,  
Integration und Frauen

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 04. Mrz. 2013)